

## **Erklärung der 12. Stadtversammlung der Frankfurter Katholiken „Wohnen in Frankfurt“**

In den vergangenen Jahren ist eine deutliche Zunahme der Bevölkerung Frankfurts zu verzeichnen. Dies spricht für die Attraktivität der Stadt, verstärkt aber gleichzeitig den vorhandenen gravierenden Wohnungsmangel.

Die Stadtversammlung der Frankfurter Katholiken hat sich in ihrer Sitzung am 07. Oktober 2013 mit dem Thema Wohnen in Frankfurt befasst. In der Beratung wurden vor allem folgende Herausforderungen gesehen:

Der Schaffung neuen Wohnraums gehört höchste Priorität. Erfreulicherweise wird dies auch von Seiten der Stadtregierung so artikuliert.

Dazu bedarf es der Ausweisung neuer Flächen für den Wohnungsbau. Die Grenzen der baulichen Verdichtung sind zu beachten. Es bedarf neuer Programme zum öffentlich geförderten Wohnungsbau sowie Anreize zur Umnutzung leerstehenden Gewerberaums zu Wohnraum.

Für alle Bevölkerungsgruppen, besonders für Familien, ältere Menschen und junge Menschen in Ausbildung und Studium, muss bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen.

Auch kirchliche Bauträger, Investoren und Vermieter haben ihren Beitrag zur Errichtung bezahlbaren Wohnraums zu leisten.

Der Schutz der Mieter hat besondere Bedeutung.

Energetisch sinnvolle Modernisierungsmaßnahmen sind für Klimaschutz und angesichts steigender Energiepreise notwendig. Diese Modernisierungsmaßnahmen dürfen aber nicht dazu führen, dass Mieten für Mieter nicht mehr bezahlbar sind.

Der Gefahr der Verdrängung alteingesessener Mieter aufgrund von steigenden Mieten (Gentrifizierung) ist zu begegnen, die soziale und ethnische Vielfalt ist in den Stadtteilen weiter zu gewährleisten. Die wertvollen Leistungen der Stadt und des Programms „Soziale Stadt“ für Stadtteile und Nachbarschaften sind zu sichern.

Alternative genossenschaftliche Modelle zur Bildung von Wohneigentum durch ehemalige Mieter sind weiter zu entwickeln und zu realisieren.

Wir appellieren an die Vermieter, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden. Gerade christliche Vermieter sollen nicht alle gesetzlichen Möglichkeiten der Mietsteigerung ausnutzen.

Frankfurt am Main, 07. Oktober 2013

Stadtversammlung der Frankfurter Katholiken, Domplatz 3, 60311 Frankfurt